Ausschreibung.

Der Bau eines 34 m hohen **Dampfschornsteins** von 1.26 m bez. 1.38 m lichtem Durchmesser für die **Betriebsanlage** der erweiterten **Stadtwasserkunst** an der westlichen Staatswaldgrenze bei **Naunhof** soll verdungen werden.

Bedingnißheft, Massenanschlag, Stabilitätsberechnung und Zeichnung liegen im **Baubureau für Erweiterung der Stadtwasserkunst, Thomaskirchhof 18,** zur Ansicht der Bewerber aus und können, mit Ausnahme der Stabilitätsberechnung, gegen Vergütung von 1 ℳ für das Stück von dort bezogen werden.

Schluß der Angebotsannahme ist am 1. März 1887, Vormittags 10 Uhr.

Leipzig, den 8. Februar 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Ia 549. Dr. Georgi. G.

Holzauction.

Mittwoch, den **16. Februar cr.** sollen von **Vormittags 9 Uhr** an auf dem vierjährigen Schlage im Forstreviere **Rosenthal** in der Nähe des **Steges** nach dem **neuen Schützenhause** und der sogenannten **Schleife**

9 Rmtr. Eichen-**Nutzscheite,**
68 " Eichen-
13 " Buchen-
15 " Rüstern- } **Brennscheite,** sowie
4 " Linden-
8 " Ellern-
11 " Weiden-
15 " Ellern- und } **Rollen**
5 " Weiden-

unter den im Termine öffentlich aushängenden Bedingungen und gegen **sofortige Bezahlung** meistbietend an Ort und Stelle verkauft werden.

Zusammenkunft: auf obigem Schlage.

Leipzig, am 4. Februar 1887.

Des Raths Forstdeputation.

Städtische Sparcasse

beleiht Werthpapiere unter **günstigen** Bedingungen.

Leipzig, den 20. Januar 1887.

Die Sparcassen-Deputation.

Bekanntmachung.

Von dem unterzeichneten Armenamte sollen im Stadthause allhier (Eingang Mühlgasse)

Dienstag, den 15. Februar a. c.
Vorm. von 9 Uhr an

Möbel, Haus- und Küchengeräthe, getragene Kleidungsstücke, Betten u. s. w. meistbietend versteigert werden.

Leipzig, den 10. Februar 1887.

Das Armenamt.
Ludwig-Wolf. Jungbähnel.

Holz-Auction.

Von den auf dem Naunhofer Forstreviere in den Abtheilungen 29, 36, 43, 49 und 51 aufbereiteten Hölzern sollen

Freitag, den 18. Februar dieses Jahres,
von Vormittag ½10 Uhr an

142 Stck	eichene Klötzer,	12—113 cm stark,	2,5— 8 m lang,
21 "	weißbuch. "	18— 42 " "	3 — 4 " "
50 "	birk. "	19— 29 " "	3 — 4,5 " "
29 "	erl. "	20— 42 " "	4 — 6 " "
41 "	kief. "	20— 30 " "	4 — 6 " "
45 "	ficht. Stangen,	8— 14 " "	6 — 10 " "
40,50 Hdrt.	dergl.,	3— 7 " "	2 — 6 " "
13 Rm	eich. Nutzscheite		

und

Dienstag, den 22. Februar dieses Jahres,
von Vormittag ½10 Uhr an

816 Rm harte } Brennscheite,
250 " weiche
58 " harte } Brennknüppel,
164 " weiche
115 " harte Zacken,
4 " hartes Bruchholz,
13 " harte Stöcke und Späne,
621 " hartes } Reisig,
151 " weiches
3 Wellhdrt. birk. dergl. und
84 harte Langhaufen IV. Cl.

meistbietend gegen sofortige Bezahlung und unter den sonst vor Beginn der Auction bekannt zu gebenden Bedingungen versteigert werden.

Versammlung auf dem Schlage im sogen. Moritzkümpel, an der Pfarrasse und den Brandiser Wiesen.

Zahlstelle im Gasthause Stadt Leipzig in Naunhof.

Königl. Forstrevierverwaltung Naunhof u. Königl. Forstrentamt Wurzen, am 7. Februar 1887.

Bertholdt. Bachmann.

Nichtamtlicher Theil.

Der Wahlkampf in Leipzig-Land.

* Zu denjenigen Wahlkreisen, in denen es der socialdemokratischen Partei gelungen ist, sich eine feste Position zu verschaffen, gehört bekanntlich der vor den Thoren unserer Stadt gelegene Leipziger Landkreis. Diese feste Stellung beruht wesentlich darauf, daß die große Masse der in den dicht bevölkerten Vororten, von denen manche an den Umfang von Mittelstädten heranreichen, wohnenden Arbeiter die Beute der socialdemokratischen Agitatoren geworden ist und nun denselben bei Wahlen, gleichviel ob Hinz oder Kunz als Candidat aufgestellt wird, blindlings Heeresfolge leistet. Es zeigt sich hierbei, daß diejenige Partei, welche angeblich die freiheitlichste sein will, nicht sehr weit entfernt von dem durch die Jesuiten in die römisch-katholische Kirche übertragenen Grundsatz des Cadaver-Gehorsams ist: Wer von der socialdemokratischen Partei als Candidat aufgestellt wird, darüber werden die socialistischen Wähler nicht im Geringsten befragt, das besorgen ganz allein die an der Spitze der Partei stehenden professionsmäßigen Agitatoren; den Wählern wird einfach bekannt gegeben, wer aufgestellt ist und sie erhalten die Weisung, den Betreffenden, gleichviel wer er ist, zu wählen. Das nennt man die freie Ausübung des allgemeinen Wahlrechts! Ob die Wähler den Mann kennen oder nicht, ob derselbe irgend wie durch seine persönlichen Eigenschaften und Leistungen geeignet ist zum Volksvertreter, das spielt keine Rolle, es genügt, wenn der Candidat von den Parteileitern approbirt ist und über ein halbwegs gutes Mundwerk verfügt.

Wenn nun auch die Dinge auf Grund dieser Erscheinung im Leipziger Landkreis für die reichstreuen Parteien besonders schwierig liegen, so ist doch nicht nöthig daran zu zweifeln, daß der Wahlsieg dem socialdemokratischen Candidaten entrissen werden kann, im Gegentheil, wir glauben, daß am 21. Februar dieser Kreis sich von der Umsturzpartei wieder abwenden wird. Seitdem wir überhaupt zum deutschen Reichstag wählen, haben die Socialisten nur erst einige Male in Leipzig-Land die Majorität gehabt und zwar in der Regel nur dann, wenn die Ordnungsparteien bei der ersten Wahl sich bekämpften und mehrere Candidaten aufstellten. Wir erinnern daran, daß Prof. Birnbaum, Dr. Heine und Rittergutsbesitzer Tietze, Letzterer sogar zweimal, zu Vertretern des Leipziger Landkreises gewählt wurden. Nun muß aber gegenwärtig, unter so bedeutsamen, auch die lauesten und faulsten Wähler aufrüttelnden Zeitverhältnissen, doch wohl erst recht der Sieg über die Umstürzler möglich sein, wenn er in Zeiten, wo so gewaltige Impulse fehlen, möglich gewesen ist. Und daß diese Möglichkeit vorhanden ist, ja daß man sie als eine sichere betrachten kann, darüber liegen viele erfreuliche Anzeichen vor, und es entsteht für die reichstreue Wählerschaft nur die eine Pflicht, die jetzige günstige Lage bei deutlich größte Rührigkeit auszunützen und den Socialdemokraten es hierin mindestens gleich zu thun.

Zu den günstigen Umständen, welche dieses Mal die Wahlagitation der reichstreuen Parteien in Leipzig-Land unterstützen, rechnen wir außer der mächtigen und tiefgehenden patriotischen Bewegung, welche das deutsche Volk im Allgemeinen durchdringt, das feste und einmüthige Zusammenhalten der Ordnungsparteien, welche mit der Parole „Einigkeit macht stark" begeistert in den Kampf gehen. Was ein solches einträchtiges Zusammenwirken von vornherein im Stande ist, zu leisten, das hat man bei Wahlkämpfen schon in vielen Wahlkreisen gesehen. Wir rechnen zu jenen günstigen Umständen weiter die Thatsache, daß den reichstreuen Parteien in Leipzig-Land die anfänglich schwierig erscheinende Lösung der Candidatenfrage in der glücklichsten Weise gelungen ist. Viel, sehr viel kommt es häufig bei Wahlen darauf an, einen geeigneten Candidaten ausfindig zu machen und denselben zu bewegen, dem an ihn ergehenden Rufe seiner Mitbürger Folge zu leisten. Nun beides hat man bei der gegenwärtigen Wahl im Leipziger Landkreise fertig gebracht und wir glauben, es herrscht nur eine Stimme darüber, einen besseren und geeigneteren Candidaten, wie Dr. med. Götz, hätte wohl Niemand in Vorschlag bringen können. Daß dieser wackere Vaterlandsfreund sich dazu bereit erklärt hat, eine etwa auf ihn fallende Wahl anzunehmen und die damit für ihn verbundenen schweren Opfer zu tragen, dafür sei ihm auch an dieser Stelle herzlicher Dank gezollt. Als ferneren günstigen Umstand zur Herbeiführung des Wahlsieges der reichstreuen Parteien Leipzig-Land glauben wir endlich die Thatsache erwähnen zu sollen, daß dieses Mal, Dank dem Eingreifen von auf diesem Gebiet besonders gewandten Männern, welche mit den Schlichen und Wühlereien der Socialdemokraten genau vertraut sind, die Wahlagitation eine zielbewußte, energische und so umfassende ist, wie es die Nothwendigkeit erfordert.

Nun ist es aber unzweifelhaft, daß zu allen diesen günstigen äußeren Umständen noch Etwas hinzutreten muß, wenn der Sieg ein sicherer sein soll. Dieses letzte Erforderniß ist, daß jeder reichstreue, für Kaiser und Reich, für König und Vaterland, Gesetz und Ordnung einstehende Wähler des Leipziger Landkreises am 21. Februar seine Schuldigkeit thut und seinen Stimmzettel für Dr. Götz abgiebt, daß schon vorher die Lauen und Gleichgültigen aufgerüttelt werden, daß ihnen klar gemacht wird, welche theuren Güter der nationalen Wohlfahrt bei dem diesmaligen Wahlkampfe, auf dessen Ausgang die ganze Welt blickt, auf dem Spiele stehen. Die Socialdemokraten haben, man muß ihnen dafür dankbar sein, offen Farbe bekannt, sie wollen keinen Mann und keinen Groschen für das Heer bewilligen, sie wollen das Heer ganz abschaffen und die sociale Republik einführen, unter deren Herrschaft die Agitatoren glauben, ihre Pfeifen schneiden und ein noch bequemeres Schmarotzer- und Faullenzerleben führen zu können. Nun, Ihr vielen Tausende von reichstreuen Wählern in Leipzig-Land, hört es, welchen Plänen und Ideen der Mann, den die Socialisten auf den Schild gehoben haben, im Reichstag zustimmen würde! Dieser Mann, mit dessen Person, Vergangenheit und Wirken wir uns gleich seinen reichstreuen Gegencandidaten noch näher befassen werden, darf und wird am 21. Februar nicht Sieger werden, wenn ein Jeder von Euch seine Pflicht erfüllt. Jeder feuere durch sein Beispiel den Anderen zu dieser Pflichterfüllung an und sorge dafür, daß nur Diejenigen von der Wahlurne weg bleiben, welche thatsächlich durch physische Unmöglichkeit an der Ausübung des Wahlrechtes gehindert sind. Jedes einzelne Dorf des Leipziger Landkreises und mag es noch so klein sein, muß sein Ortswahlcomité haben, welches das möglichst glänzende Einzelergebniß in dem betreffenden Ort herbeizuführen hat. Es ist augenblicklich die Zeit, wo insbesondere die Landwirthe nicht sehr durch ihre Berufsarbeiten in Anspruch genommen sind, mögen sie deshalb um so eifriger der Wahl sich hingeben und mögen sie namentlich bedenken, daß der Sieg des reichstreuen Candidaten nur möglich ist, wenn namentlich die sogenannten Außendörfer, in welche das socialistische Gift noch nicht in bedeutendem Maße eingedrungen ist, mit dem vollen Gewicht ihrer Stimmenzahl in die Wagschale fallen. Aber auch die reichstreuen Wähler in den nahen Vororten können durch eine außerordentlich rührige Wahlbetheiligung in hohem Maße zu dem günstigen Wahlergebniß beitragen, indem sie dadurch die socialistische Mehrheit in diesen Orten beträchtlich abschwächen.

Wir schließen unsere Betrachtungen mit der dringenden Aufforderung an alle Reichstreuen in Leipzig-Land, bis zum Wahltage alle Kräfte einzusetzen, damit der Sieg erkämpft wird, und des Wortes eingedenk zu sein: Je schwerer der Kampf, um so ehrenvoller ist der Sieg!

Der Papst und die Centrumspartei.

Die Vorgänge, welche sich seit Monatsfrist innerhalb der Centrumspartei abgespielt haben, sind so durchaus neu und beispiellos, daß es einige Mühe kostet, sich darin zurechtzufinden. Daß die Führer des Centrums die Sache so weit treiben würden, sich gegen die Autorität des Papstes offen aufzulehnen, war so vollständig gegen die ganze Natur des Verhältnisses zwischen Papst und Centrum, daß Zweifel daran so lange erlaubt waren, bis der bewußte Ungehorsam gegen den Willen des Papstes klar und deutlich bewiesen war. Ein solches Verhalten seitens des Freiherrn v. Franckenstein trat bereits offen zu Tage in der Depesche des Cardinalstaatssecretairs Jacobini an den Nuntius in München di Pietro vom 21. Januar, aber die schonende Form, in welche dieses denkwürdige Actenstück gekleidet ist, konnte zu dem Irrthum führen, daß es sich vorläufig nur um eine Meinungsverschiedenheit handle, die noch auszugleichen werden könne, zumal ja in dem Schreiben ausdrücklich anerkannt wird, daß dem Centrum in seiner Eigenschaft als politischer Partei stets unbeschränkte Actionsfreiheit eingeräumt worden sei. Das Auftreten Windthorst's auf dem Parteitage in Köln machte aber allen Zweifeln in dieser Beziehung ein jähes Ende. Nachdem Windthorst gesprochen, war es erwiesen, daß die Führer des Centrums sich in bewußten Gegensatz mit dem Willen des Papstes gesetzt haben und daß sie sogar ihr Verfahren auch heute noch als ein durchaus berechtigtes betrachten und vertheidigen, gestützt auf die Hoffnung, daß es ihnen gelingen werde, auch den Papst davon zu überzeugen. Das ist so unerhört, verstößt so augenscheinlich gegen den gesunden Menschenverstand, daß man sich genöthigt sieht, nach einer Erklärung für diese verblüffende Thatsache zu suchen.

Heute liegt ein neues Zeugniß für die Unbotmäßigkeit der Centrumsführer gegen den klar ausgesprochenen Willen des Papstes vor. Schon am 3. Januar richtete der Cardinalstaatssecretair Jacobini im Auftrage des Papstes ein Schreiben an den Nuntius in München, in welchem unter Hinweis auf die bevorstehende Revision der Kirchengesetze die Centrumspartei angewiesen wird, die Septennatsvorlage in jeder möglichen Weise zu begünstigen. Jacobini erinnert in dem Schreiben an die bekannte Thatsache, daß die Regierung auf die Annahme des Gesetzes den größten Werth lege, und sagt geradezu, daß sich das Centrum ein großes Verdienst um das Vaterland und um die Humanität in Europa erworben haben würde, wenn es durch Annahme des Septennats gelingen sollte, die Gefahr eines nahen Krieges zu beseitigen. Auch die Kehrseite giebt Jacobini dem Centrum zur Erwägung, er verschweigt nicht, daß eine feindselige Haltung gegenüber dem Septennat der Partei als Mangel an Vaterlandsliebe ausgelegt und daß die Auflösung des Reichstages ihr Verlegenheiten und Unsicherheiten bereiten würde. Schließlich wird der Nuntius verpflichtet, die Führer des Centrums lebhaft dafür zu interessiren, daß sie ihren ganzen Einfluß bei ihren Parteigenossen anwenden, um ihnen die Ueberzeugung zu verschaffen, daß sie durch die Unterstützung des Septennats dem heiligen Vater eine große Freude bereiten würden.

Man traut seinen Augen kaum, wenn man das liest und sich dabei vergegenwärtigt, wie Windthorst dem Reichskanzler und dem Grafen Moltke in den Verhandlungen des Reichstages vom 11. bis zum 13. Januar gegenübergetreten ist, wie er damals das gerade Gegentheil von Dem gethan hat, was ihm als der Herzenswunsch des Papstes bekannt war. Der größere Theil der Partei hat wahrscheinlich keine Kenntniß von dem Schreiben des Cardinalstaatssecretärs gehabt, und die Partei hat das Septennat in zweiter Lesung abgelehnt, in dem Glauben, damit den Wünschen des Papstes zu entsprechen. Es kann nicht fehlen, daß die Wähler der Centrumspartei, wenn dieser Hergang zu ihrer Kenntniß gelangt und sie sich klar bewußt werden, in welch unbegreiflicher Weise ihr Vertrauen getäuscht worden ist, sich mit Entrüstung von ihren bisherigen Führern abwenden und den Abgrund erkennen werden, vor welchem sie stehen. Es ist auch mit Sicherheit anzunehmen, daß die in Köln am 6. Februar vorgeschlagene Resolution nicht den Beifall der Versammlung im Gürzenichsaale gefunden hätte, wenn ihren Theilnehmern das Schreiben Jacobini's vom 3. Januar bekannt gewesen wäre. Dieses Schreiben öffnet eine tiefe Kluft zwischen Franckenstein, Windthorst und den nicht eingeweihten Abgeordneten des Centrums nebst ihren Wählern. Gegen die staatliche Autorität hat sich die Centrumspartei lange Jahre hindurch aufgelehnt, aber nicht Windthorst, sondern dem Papste zu gefallen. Heute haben die Centrumswähler sich zu entscheiden, ob sie mit Windthorst gegen den Papst oder mit dem Papst gegen Windthorst gehen wollen. Der Abgeordnete v. Schorlemer-Alst rief einst im preußischen Abgeordnetenhause emphatisch aus: „Es wird Ihnen nicht gelingen, das Centrum von seinen Führern zu trennen", — jetzt wird der tapfere und standhafte westfälische Rittergutsbesitzer diesen Ausruf nicht wiederholen, er wird vielmehr anerkennen müssen, daß seine Freunde Windthorst und Franckenstein auch die weitgesteckten Grenzen, welche das Centrum innezuhalten hat, überschritten haben.

Aber trotz der Unbegreiflichkeit, vor welcher wir hier stehen, muß es dennoch eine vernünftige Erklärung für die Handlungsweise der Centrumsführer geben, und diese ist nur darin zu suchen, daß die Windthorst und Genossen eine Autorität kennen, welche über dem Papst steht, und von welcher sie annehmen, daß sie in der Septennatsfrage ihnen Recht und dem Papste Unrecht giebt. Diese Autorität ist der Jesuitenorden, dessen Macht sich schon im Kampfe gegen die Bischöfe bewährt hat. Als einst der Bischof von Paderborn den Candidaten für das geistliche Amt gestattete, daß sie bis zur Eröffnung des Seminars auf den von der Staatsregierung bezeichneten Bildungsanstalten ihre Vorbildung für ihren späteren Beruf vollenden könnten, da erhob sich ein Sturm in der von Jesuiten geleiteten katholischen Presse gegen den Bischof und zwang ihn, seine Verfügung zurückzunehmen. Das war ein lehrreicher Vorgang, dessen Anwendung auf den vorliegenden Fall zu der Annahme führt, daß Windthorst und Genossen auf die Billigung ihrer Haltung in der Septennatsfrage durch die jesuitische Propaganda rechnen. Für die Richtigkeit dieser Auffassung spricht auch die Thatsache, daß der Redacteur des Münchner „Vaterlands", Sigl, das Haupt der ultramontanen Preß-Demagogie, für Windthorst gegen den Papst Partei ergreift. Er nennt Leo XIII. den Diplomaten in der Tiara, welcher unnöthig oft das Bedürfniß zu haben scheine, sich dem Kaiser von Deutschland und Bismarck gefällig zu erweisen, und stellt ihm das Non possumus Pius' IX. gegenüber. Der Sinn dieser offenen Auflehnung gegen das Oberhaupt der Kirche ist verständlich genug, es ist die Drohung mit einem Nachfolger, welcher wieder die Wege Pius' IX. wandeln wird. Bekanntlich starb der Cardinalstaatssecretair Franchi im Jahre 1879 eines plötzlichen Todes, als der Ausgleich zwischen der preußischen Regierung und dem Vatican auf dem Puncte des Abschlusses stand, und seitdem sind wieder acht Jahre vergangen, ohne daß der Ausgleich vollständig gelungen wäre. Die Jesuitenpartei des Centrums spielt, wie man sieht, um einen hohen Preis, aber allem Anscheine nach wird sie das Spiel verlieren, denn die Macht des Papstes über die Gläubigen ist groß und bei aller Milde und Versöhnlichkeit ist Leo XIII. ebenso kühn wie klug und ein Mann der That!

* * *

* Die Münchner „Allgemeine Zeitung" veröffentlicht, wie bereits telegraphisch erwähnt und vorstehend erörtert, den italienischen Wortlaut des dem bereits bekannten Schreiben des Cardinals Jacobini vom 21. Januar vorausgegangenen ersten Schreibens des Cardinals an den päpstlichen Nuntius in München vom 3. Januar nebst folgender Uebersetzung:

Rom, den 3. Januar 1887. An Monsignore di Pietro, apostolischen Nuntius, München: „Hochwürdigster Herr! Aus meinem Telegramm vom 1. d. M. haben Sie ersehen, daß allernächstens der Entwurf zur schließlichen Revision der preußischen kirchenpolitischen Gesetze vorgelegt werden wird. Man hat darüber ganz kürzlich formale Zusicherungen gehabt, welche die früheren dem Heiligen Stuhl zugegangenen Nachrichten bestätigen. Sie können somit den Herrn Windthorst in dieser Hinsicht beruhigen und die Zweifel, welche derselbe in seinem, Ihrem letzten geschätzten Berichte beigefügten Schreiben ausgesprochen hat, zurückweisen. Im Hinblick auf diese nahe bevorstehende Revision der Kirchengesetze, welche, wie Grund ist anzunehmen, befriedigend ausfallen wird, wünscht der Heilige Vater, daß das Centrum die Vorlage des militairischen Septennats in jeder denselben möglichen Weise begünstige. Es ist hinlänglich bekannt, daß die Regierung auf die Annahme dieses Gesetzes den größten Werth legt. Wenn es nun in Folge dessen gelingen sollte, die Gefahr eines nahen Krieges zu beseitigen, so würde das Centrum sich sehr verdient gemacht haben um das Vaterland, um die Humanität und um Europa. Im entgegengesetzten Falle würde man nicht verfehlen, ein feindseliges Verhalten des Centrums als unpatriotisch zu betrachten und eine Auflösung des Reichstags würde auch dem Centrum nicht unerhebliche Verlegenheiten und Unsicherheiten bereiten. Durch Zustimmung des Centrums zu der Septennatsvorlage würde aber die Regierung den Katholiken wie auch dem Heiligen Stuhl immer geneigter werden und auf die Fortdauer der friedlichen und gegenseitig vertrauensvollen Beziehungen zu der Berliner Regierung legt der Heilige Stuhl keinen geringen Werth. Sie wollen daher die Führer des Centrums aufs Lebhafteste dafür interessiren, daß sie ihren ganzen Einfluß bei ihren Collegen anwenden und dieselben versichern, daß sie durch Unterstützung des Septennats dem Heiligen Vater eine große Freude bereiten und daß das für die Sache der Katholiken sehr vortheilhaft sein wird. Wenn diese letzteren auch in Folge der neuen Militairgesetze immerhin neuen Lasten und Beschwerlichkeiten entgegengehen, so werden sie andererseits entschädigt werden durch den vollständigen religiösen Frieden, welcher doch das höchste aller Güter ist. Indem ich vorstehende Betrachtungen Ihrem Tacte und Ihrer Umsicht anvertraue, bin ich überzeugt, daß Sie von in Betracht zu ziehenden Personen und Verhältnissen gegenüber davon Gebrauch machen werden. gez. Cardinal Jacobini.

Indem die Münchner „Allgemeine Zeitung" das vorstehende Schreiben veröffentlicht, betont dieses Blatt, daß ihr Gewährsmann noch Folgendes dazu bemerke:

„An dem Septennat an sich hat der Papst kein unmittelbares Interesse, und er würde sich lediglich wegen der Zeitdauer einer höheren Präsenzstärke des deutschen Heeres schwerlich zu einer so bedeutungsvollen Kundgebung, wie es das Schreiben seines Staatssecretairs ist, entschlossen haben. Vom Standpuncte der Curie hat das Septennat seine Bedeutung vorwiegend als Symptom einer der ganzen europäischen Staaten-Gesellschaft drohenden Gefahr. Diese Gefahr liegt in dem Untergraben aller bestehenden Autoritäten, indem eine Opposition, welche die Regierung mit jedem, selbst dem verwerflichsten Mittel, bekämpft, nicht nur die jeweilige Regierung schädigt, sondern die Fundamente jeder staatlichen Ordnung erschüttert. Das Jacobini'sche Schreiben ist der Protest der Curie gegen das Vorgehen der destructiven Parteien und die Gemeinschaft des Centrums mit denselben.

Se. Heiligkeit empfiehlt dem Centrum die Pflege des Deutschen Reichs, weil er in letzterem eine Stütze des Friedens und der Ordnung sieht, welche berufen ist, zur Bethätigung derjenigen Grundsätze mitzuwirken, deren Aufrechterhaltung die Aufgabe und eine der Lebensbedingungen der Kirche bildet. Der Blick des Papstes umfaßt auch der kosmopolitischen Stellung der Curie weitere Kreise, als die sind, in deren gegenwärtiger Constellation die Vorgänge ihren Grund haben, an welche sich der hier publicirte Erlaß knüpft."

Leipzig, 11. Februar 1887.

* Die vereinigten Ausschüsse des Bundesraths für Zoll- und Steuerwesen und für Justizwesen, die vereinigten Ausschüsse desselben für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr, sowie der Ausschuß für Zoll- und Steuerwesen hielten am Mittwoch Sitzungen.

* Einer tragikomischen Beschwerde giebt die „Germania" Ausdruck. Die Stuttgarter Preßverhältnisse würden immer verwechselt, der demokratische „Beobachter" werde ein Centrumsorgan und das ultramontane „Deutsche Volksblatt" ein demokratisches Organ genannt. Es kann eben nachgerade kein Mensch mehr einen Unterschied zwischen demokratisch-freisinnigen und ultramontanen Blättern entdecken.

* In diesen Tagen starb in Hannover der letzte der Märzminister, Theodor Braun, der im März des Jahres 1848 dem Cultusministerium des Königreichs Hannover vorstand, hatte vorher als Cabinetsrath des Königs Ernst August dessen verfassungswidrige Politik mit seinem über das Durchschnittsmaß weit hinausgehenden Talent unterstützt, dann aber in Gemeinschaft mit seinem Schwager, dem verfassungstreuen Minister Lehzen, die neuen Ideen der damaligen Zeit ins Leben zu führen sich angelegen sein lassen. Mit dem gesammten Märzministerium fiel auch Theodor Braun. Die Muße seines Ruhestandes benutzte er im Interesse der Stadt Hannover, der er als Bürgervorsteher Jahre hindurch eifrige und werthvolle Dienste leistete. Später übernahm er wieder ein Staatsamt, er wurde Landdrost in Stade, und in dieser Stellung trafen ihn die Ereignisse des Jahres 1866. Er verstand es, in gewandter und geschickter Weise sich in die neuen Verhältnisse zu fügen. Als ihn das höhere Alter zwang, abermals seinen Abschied zu nehmen, zog er wieder nach Hannover, wo er Jahre hindurch als Vorsitzender den historischen Verein für Niedersachsen leitete. Er hat ein Alter von mehr denn achtzig Jahren erreicht. Vielleicht finden sich in seinem Nachlaß Aufzeichnungen, historische Erinnerungen aus seinem reichbewegten Leben. Theodor Braun hat mit den verschiedensten Kreisen in Verbindung gestanden; seine gewandte Feder wäre vor vielen berufen gewesen, ein interessantes Bild von den intimen Vorgängen zu geben, die zu den markantesten Ereignissen der neueren Geschichte einleitend geführt und ihr Eintreten bewirkt haben.

* * *

* In dem norwegischen Finanzvorschlage, der dem Storthing in diesen Tagen vorgelegt ist, werden für die Marine, und zwar für Uebungen und Fahrten, im Ganzen etwas über 200,000 Kronen vorgeschlagen, nämlich für Uebungen auf dem Exercirschiff 34,000 Kronen, für Torpedo-Uebungen 20,500 Kronen, für die Fahrt der Corvette „Nornen" in 4½ Monaten 64,500 Kronen, für einen Zug mit einer Abtheilung Küstenvertheidigungsfahrzeugen 32,000 Kronen, für eine Fahrt des Kanonenboots „Ellida" während eines halben Jahres 68,000 Kronen. Die Regierung hebt dabei den Wunsch der Stabilität solcher Bewilligungen hervor und meint, daß hierdurch größere Bewilligungen erspart würden.

* Unser B-Berichterstatter schreibt uns aus Brüssel vom 8. Februar:

Im Verlage des „Peuple" überließ ist am Sonntag die erste Nummer eines neuen socialistischen Blattes „Le Conscrit" erschienen, welches sich insbesondere an die Angehörigen des Heeres wendet und in so heftiger Weise den Aufruhr predigt, daß die Behörde sich trotz der weitgehenden belgischen Preßfreiheit zum Einschreiten genöthigt sah. Der Untersuchungsrichter Wellens hat sofort in Begleitung zweier Polizeibeamten den Schreiben Satz des Blattes und eine große Menge Exemplare der ersten Nummer mit Beschlag belegt, während Manuscripte nicht zu greifen waren. — Der Genter Arbeiterführer Anseele ist vorgestern nach Abbüßung seiner sechsmonatlichen Haft entlassen worden und diesen Umstand hat die dortige Socialistenpartei zu mehrfachen Demonstrationen benutzt. Abends fand im Locale des „Vooruit" eine große Arbeiterversammlung statt, bei welcher die üblichen Brandreden gehalten wurden. Als gegen 10 Uhr Vormittags auf dem uralten Wachtthurme (Beffroi) der Stadt ein mächtiges blutrothes Banner sichtbar wurde, glaubten die Genter einen Augenblick, die Socialisten hätten sich des Rathhauses bemächtigt, und erst nach polizeilicher Entfernung des Aufruhrzeichens beruhigten sich die Gemüther. Eine Gesellschaft von 5 „Genossen" aus Brügge hatte am Morgen den Thurm bestiegen und ohne Wissen des zurückgebliebenen Wärters den Scherz ausgeführt.

* In der belgischen Deputirtenkammer brachte der Ministerpräsident Beernaert einen Gesetzentwurf ein, der die Bewilligung von 49 Millionen Franken — und zwar 29 Millionen für die verschiedenen Ministerien und 20 Millionen für das Kriegsministerium — verlangt für außergewöhnliche Ausgaben, damit die belgische Armee mit den anderen Heeren gleichen Schritt halten könne. Zunächst müsse dem Allernothwendigsten Genüge geleistet werden. Die Artillerie allein würde 100 Millionen erfordern. Vorläufig könne man nur die Infanterie mit neuen Gewehren ausstatten und die Festungswerke um Lüttich und Namur ausdehnen. Für das laufende Jahr soll nur ein Drittel der geforderten Summe zur Erhebung kommen, die Finanzlage läßt den Staatsschatz die schwere Last ertragen und die Regierung wird leicht die nöthigen Mittel finden. Mehrere Deputirte der Linken verlangten, daß diese Vorlage sofort nach den Budgets auf die Tagesordnung gebracht werde.

* Die französische Deputirtenkammer bewilligte, wie schon gemeldet, ohne Erörterung einstimmig und unter allgemeinem Beifall die außerordentlichen Ausgaben von 86 Millionen für die Neubewaffnung und die 30 Millionen für die Marine, nachdem sie vorher in gleicher Weise die 105 Millionen bewilligt, welche für Vervollständigung der Herstellung des Kriegsgeräths nothwendig sind. Damit steigt die Summe, welche seit dem Kriege für diese Zwecke verausgabt worden ist, auf die ungeheuerliche Ziffer von 2,283,833,282 Francs. Allein in diesem Jahre belaufen sich die Ausgaben, welche Frankreich für seine Armee macht, auf mehr als 800 Millionen. Ungeachtet der schwierigen Finanzlage wird eben ohne Widerstand alles bewilligt, was die Regierung in dieser Beziehung von der Kammer verlangt: Klericale, Royalisten, Opportunisten, Radicale, Ultra-Radicale und sogar die Socialisten stimmen Schulter an Schulter für die Regierung. Einige Opportunisten wollten zuerst wegen der äußeren Lage die Vertagung der außerordentlichen Militairkredite beantragen, mußten aber ihre Absicht aufgeben, weil an eine Annahme nicht zu denken war.

* Die bedauernswerthe Niederlage, welche die italienischen Expeditionstruppen bei Massauah erlitten, hat nun auch in Italien zu einer Ministerkrisis Anlaß gegeben. Der Minister des Auswärtigen, Graf Robilant, der allerdings die Tragweite der Vorgänge in der italienischen Colonie in bedenklicher Weise unterschätzt hatte, reichte zuerst sein Entlassungsgesuch ein. In der Deputirtenkammer theilte dann der Ministerpräsident mit, daß das Cabinet habe in Folge der parlamentarischen Lage seine Entlassung gegeben, der König habe sich jedoch seine Entschließungen vorbehalten. Daß das Ministerium Depretis